

# Atomschutt-Deponie: Gemeindevertretung in Harrislee sagt Nein

**HARRISLEE/FLENSBURG** Die Harrisleer wollen keine Atomschutt-Deponie aus dem Müll des Rückbaus der stillgelegten Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel (und später auch Brokdorf). Nach dem Hauptausschuss vor gut einer Woche stimmte gestern Abend auch die Gemeindevertretung der 11.500-Einwohner-Kommune einstimmig gegen die Pläne von Grünen-Umweltminister Robert Habeck, leicht radioaktiven Bauschutt unter anderem auf der Deponie Balzersen am Ellunder Weg zu lagern (ausführlicher Bericht folgt). Balzersen-Betreiber Jörn Lassen hatte bereits im Harrisleer Hauptausschuss versprochen, in dieser Frage nicht gegen den Willen der Harrisleer zu agieren. Unterdessen wird sich auch die Flensburger Ratsversammlung am kommenden Donnerstag mit der Atomschutt-Deponie beschäftigen. Linken-Fraktionschefin Gabi Ritter kündigte gestern an, in den Rat eine Resolution einzubringen. Darin soll sich Flensburg mit der politischen Entscheidung Harrislees solidarisch erklären. **Seite 8**

# Resolution gegen Atomschutt-Lagerung im Rat

**FLENSBURG** Bereits am Mittwoch vergangener Woche lehnte der Harrisleer Hauptausschuss, bestehend aus den Fraktionen von SPD, SSW und CDU, die Pläne des Grünen-Umweltministers Robert Habeck zur Einlagerung schwach radioaktiven Abfalls aus dem Abriss von Atomkraftwerken auf der Harrisleer Deponie Balzersen einstimmig ab. Die Flensburger Linke, die sich wie die Harrisleer Bürgerinitiative BA-ESH deutlich gegen diese Pläne gestellt hatte, bittet nun die Ratsversammlung am kommenden Donnerstag um Zustimmung zu einer Resolution.

Darin möge sich der Rat mit der politischen Entscheidung der Gemeinde Harrislee solidarisch erklären. In der Resolution, die an die Landesregierung

adressiert ist, heißt es unter anderem: „Der Rat der Stadt Flensburg begrüßt und unterstützt den einstimmigen Beschluss der Kolleginnen und Kollegen im Hauptausschuss der Gemeinde Harrislee. (...) Da die Deponierung nicht nur die Gemeinde Harrislee, sondern auch die Nachbargemeinden sowie die Stadt Flensburg betreffen würde, spricht sich der Rat der Stadt Flensburg ebenfalls gegen eine solche Deponierung aus.“

Gabi Ritter, Vorsitzende der Flensburger Ratsfraktion der Linken, erklärt zu den Hintergründen der Resolution: „Es war eine gesamtgesellschaftliche Katastrophe, als vor über 40 Jahren die Atomkraftwerke gegen den Willen der Bevölkerung gebaut wurden.“ Die Warnungen vieler Wissenschaftler und die

Massenproteste seien ignoriert worden. „Heute dürfen wir den Fehler, übereilt zu handeln und Bedenken zu ignorieren, nicht wiederholen. Wir sollten Zeit und Ressourcen bereitstellen, um gesamtgesellschaftlich vertretbare Pläne für den Rückbau zu entwickeln“, erklärt Ritter in einer Mitteilung weiter. Beides werde benötigt, um die gefährlich strahlenden Reste der gescheiterten Atompolitik verantwortungsvoll zu entsorgen – im Sinne von Natur, Umwelt und aller Menschen! Eine überhastete und mehr als zweifelhafte großflächige Verteilung radioaktiver Abfälle sei keine Lösung. Die Resolution wird in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause am Donnerstag (16 Uhr, Ratssaal) debattiert und abgestimmt. *sh:z*